Hamburger Bürgerschaft

4. Wahlperiode

Behörde für Inneres und Integration

Drucksache 4/1696

12.04.2018

Antrag

des Senates für Inneres und Integration der Freien- und Hansestadt Hamburg und dessen Leiters Landsretter (SP)

Erweiterte Zusammenarbeit mit Polizeien anderer Bundesländer

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die zunehmenden Eskalationen mit und auch ohne Waffengewalt, die steigende Terrorgefahr, die steigende Kriminalität und die immer weniger werdenden Finanziellen Mittel zeigen einigen Handlungsbedarf bei der Arbeit aller Polizeien in Deutschland. Besonders gilt dies für die Polizeien der Länder. Sie haben weit mehr Bereiche der Polizeilichen Arbeit abzudecken als z.B. die Bundespolizei.

All diese aufgezählten Schwerpunkte und noch viele anderen sollen mit diesem Antrag geregelt werden bzw. ein Katalog zur besseren Arbeit aller Länderpolizeien miteinander aber auch mit der Bundespolizei sein.

B. Lösung

1. Geregelte Ausbildung an zwei Zentralen Standorten für IT-Spezialisten

Hierbei zielen alle Bundesländer auf eine einheitliche Ausbildung von IT-Spezialisten in den verschiedensten Bereichen ab. So soll es zwei Ausbildungszentren geben, zum einen im Norden welches die Länder Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Berlin und der zweite Standort im Süden der Bundesrepublik, welches die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen umfasst. Das nördliche Ausbildungszentrum soll in Salzwedel (Sachsen-Anhalt) entstehen, das südliche Ausbildungszentrum in Fulda (Hessen). Beide Ausbildungszentren sind so angesetzt das Sie genau in der Mitte aller drei Bundesländer sind, und die Wege annähernd gleich weit von Bundesland zu Bundesland sind. So wird eine optimale Entfernung garantiert, sodass kein Bewerber zu weit weg von seinem Bundesland muss.

Desweiteren beschlossen die Innenminister das eine einheitliche Vergütung der IT-Spezialisten erfolgen soll, in Höhe von 6.500€ monatlich. So wird dem Konkurrieren der Bundesländer vorgebeugt. Außerdem erfolgen einige Vergünstigungen für IT-Spezialisten innerhalb der einzelnen Bundesländer. So können kostenfreie oder kostenreduzierte Eintritt in bestimmte Gebäude/Museen eine Möglichkeit sein, aber auch kostenloses Bahnfahren Deutschlandweit oder bestimmte Karrieraufstiegsmöglichkeiten. Mit all diesen Anreizen möchten die Polizeien als öffentlicher Arbeitgeber der freien Marktwirtschaft vorgreifen und besonders solche Spezialisten für sich gewinnen.

2. Einheitliche Ausbildung für besonders Einsatzkritische Lagen

Für die Ausbildung bei Einsatzkritischen Lagen wie Amokläufen oder Terroranschlägen einigten sich die Innenminister auf einheitliche Taktiken. Mit diesen (natürlich geheimen) einheitlichen Taktiken soll die Länderübergreifende Arbeit erleichtert werden. So sollen, im Einsatzfalle, die Spezialkräfte und auch normale Streifenbeamte anderer Bundesländer in einem Bundesland aushelfen können, sollte es die Lage erfordern. Damit dies ohne Probleme geschehen kann, wird es einheitliche Taktiken geben.

3. Übergangslose Strafverfolgung über Ländergrenzen hinaus

Mit diesem von den jeweiligen Bundesländern noch auszufertigende Gesetzesänderungen steht es jeder anderen Länderpolizei frei bei dringlichen Einsatzlagen einfach Ländergrenzen anderer Bundesländer zu überschreiten ohne längerer Nachfragen und Aufwände. Einzige Voraussetzung ist, dass die zu überschreitenden Bundesländer und besonders deren Polizeien umgehend zu informieren und an der Verfolgung zu beteiligen sind.

C. Kosten

Für die einzelnen Bundesländer entstünden Kosten einzig für Punkt 1 unter den Lösungen. Die Kosten beziffern sich einmalig auf ca. 500.000€ pro Bundesland, hinzu kommen jeweilige Kosten für die Ausbildung der IT-Spezialisten und erhöhte Kosten für die monatlichen Gehälter. Diese sind von Bundesland zu Bundesland jedoch verschieden, daher hier keine Aussage dazu getroffen werden kann.

D. Begründung

Alle oben genannten Einsatzlagen und noch viele weitere erfordern immer mehr Engagement der Polizeien, welches durch Mangel an Personal und Finanziellen Mitteln nicht zu schaffen ist. Mit diesem Maßnahmenkatalog bzw. Antrag zeigen sich die Innenminister kompromissbereit und Änderungswillig. Wir hoffen so einige Probleme innerhalb und außerhalb der Polizeien und Bundesländer zu mildern bzw. auszuschalten. Die Innenminister der Bundesländer hoffen auf ihre Zustimmung.

Johannes Landsretter

Druck: Hamburger Senat für Inneres und Integration, 12. April 2018